

Presseerklärung zur möglichen Ablehnung eines Gewerbegebietes nördlich und südlich der A44 in der Meerbuscher Kommunalpolitik:

- Vor- und Nachteile eines gemeinsamen Gewerbegebietes an der A44 sind zwischen Meerbusch und Krefeld ungleich verteilt

- Krefeld hat seinem Wunsch nach einem gemeinsamen Gewerbegebiet mit Meerbusch durch den eigenen Flächennutzungsplan die Glaubwürdigkeit genommen

Für die Krefelder FDP-Stadtratsfraktion ist das negative "Echo" in der Meerbuscher Kommunalpolitik zu einem Gewerbegebiet nördlich und südlich der A44 "keineswegs überraschend".

"Aus Sicht der Meerbuscher Ratsfraktionen stellt sich die Situation so dar, dass die gewerblichen Ansiedlungen mit allen damit verbundenen Auswirkungen auf die angrenzenden Stadtteile ausschließlich auf Meerbuscher Gebiet erfolgen sollen. Demgegenüber würden auf Krefelder Gebiet die Ausgleichsflächen lokalisiert werden, was nichts anderes bedeutet, als dass Krefeld sein Grün im Süden behält. Mancher in Meerbusch wird sich fragen, warum es nicht umgekehrt geht, also das Grün auf Meerbuscher Seite und das Gewerbegebiet auf Krefelder Seite", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Den Einsatz Krefelds für das gemeinsame Gewerbegebiet mit Meerbusch erschwert auch der kürzlich von Krefeld verabschiedete und von der Bezirksregierung genehmigte neue Flächennutzungsplan. Dort ist nämlich kein gemeinsames Gewerbegebiet nördlich und südlich der A44 mehr vorgesehen, während es im alten Flächennutzungsplan noch eine diesbezügliche textliche Festsetzung gab. Dies macht den Wunsch Krefelds nach dem gemeinsamen Gewerbegebiet mit Meerbusch nicht gerade glaubwürdiger.

Für die Krefelder FDP-Stadtratsfraktion ist das negative Meinungsbild in der Meerbuscher Kommunalpolitik zum Gewerbegebiet "der zweite Fall, in dem die Interessen der beiden Kommunen auseinanderliegen".

Ebenso geht es uns bei der gewünschten Südanbindung des Hafens an die A57, die aus Meerbuscher Sicht nur dann akzeptabel wäre, wenn dadurch auch auf Meerbuscher Gebiet ein Gewerbegebiet erschlossen würde, das an den Krefelder Hafen einen Anschluss bekäme.

Als Konsequenz fordert die FDP, verstärkt in Erschließungsmaßnahmen auf Krefelder Stadtgebiet zu investieren, die neue Gewerbeflächen erschließen können: "Wir denken hier vor allen Dingen an Fichtenhain, wo entsprechende Grundstücke und Gewerbeansiedlungen zur Verfügung stehen, zurzeit aber noch nicht über die notwendige Erschließung verfügen. Hierauf sollten sich nun die Stadt, die Grundstücksgesellschaft und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft konzentrieren."